

Verwirren, verzögern, verhindern

*Das falsche Spiel großer Konzerne
in der globalen Plastikkrise*



*Die Informationen dieses Berichts wurden von glaubwürdigen Quellen und mit guten Absichten beschafft. Mögliche Interpretationen dieses Berichts als Anschuldigungen gegen bestimmte Unternehmen zu lesen, wäre irreführend und falsch. Die Autor*innen tragen keine Haftung jeglicher Art für direkte oder indirekte Schäden, die sich aus der Verwendung dieses Dokuments oder seines Inhalts ergeben.*

Dieser Bericht ist von Changing Markets in Zusammenarbeit mit unabhängigen Forscher*innen verfasst worden.
Hauptautor*innen (in alphabetischer Reihenfolge):
Alice Delemare Tangpuori, George Harding-Rolls,
Nusa Urbancic und Ximena Purita Banegas Zallio.

Wir möchten all unseren Mitwirkenden
und Gutachter*innen danken.

Im September 2020 veröffentlicht



www.changingmarkets.org
www.talking-trash.com

Design von Peitro Bruni - toshi.ltd
Gedruckt auf Recyclingpapier

Die Kunststoffindustrie gerät zunehmend unter Druck – die durch die Plastikkrise ausgelösten Umweltprobleme werden immer offensichtlicher. Dieser Bericht deckt die Lobbystrategien der größten Plastikverschmutzer auf. Auf Grundlage von Recherchen und Untersuchungen in über 15 Ländern auf fünf Kontinenten wird aufgezeigt, wie die Industrie unter dem Deckmantel wohlklingender Initiativen und freiwilliger Selbstverpflichtungen die Einführung tatsächlich wirksamer Gesetzesvorschriften seit Jahrzehnten blockiert und untergräbt.

Wir haben die freiwilligen Selbstverpflichtungen der größten Plastikverschmutzer unter die Lupe genommen und die angesehensten gemeinsamen Initiativen (von denen einige sogar von Regierungen und NGOs koordiniert werden) genau analysiert. In diesem Bericht legen wir dar, wie Unternehmen entlang der gesamten Kunststoff-Wertschöpfungskette – von der Erdölindustrie über die Markenhersteller bis hin zum Einzelhandel – wirklich hinter den Kulissen schalten und walten.

Die in diesem Bericht zusammengeführten Fallstudien belegen nicht nur, dass freiwillige Initiativen bislang daran gescheitert sind, der Kunststoffkrise Einhalt zu gebieten: Unternehmen nutzen diese Initiativen auch bis heute als Taktik, um progressive Gesetzgebung zu torpedieren oder hinauszuzögern und gleichzeitig Politik und Verbraucher*innen mit leeren Versprechen und Scheinlösungen vom Problem abzulenken.

Plastikverschmutzung am Strand
von Kuta, Bali, Indonesien
Quelle: Shutterstock



Verwirren, verzögern, verhindern: Das falsche Spiel großer Konzerne in der globalen Plastikkrise

Kurzfassung

Die Plastikkrise zerstört unsere Ökosysteme und schädigt unsere Gesundheit

Selten hat in der Geschichte der Umweltbewegung eine Thematik Menschen auf der ganzen Welt so stark sensibilisiert und bewegt wie die Vermüllung der Meere. Bilder von Stränden voller Plastik und strangulierten Meeresbewohnern stehen symbolisch für die enormen Umweltschäden, die wir durch unseren ungezügelten



Deponie in Kalifornien
Quelle: Les Stone

Konsum verursachen. Tatsächlich sind gigantische Müllstrudel und gestrandete Wale mit Mägen voller Plastik nur die sichtbarsten Auswirkungen der globalen Plastikkrise. Kunststoffe werden nicht erst am Lebensende und bei einer falschen Entsorgung zum Problem. Die unablässige Herstellung und der permanente Verbrauch von Primärkunststoff verursacht über den gesamten Lebenszyklus, beginnend bei der Extraktion der Ressourcen, enorme Klimaauswirkungen. Wenn die globale Plastikproduktion weiter so wächst wie bisher, wird Plastik im Jahr 2050 10 bis 15 Prozent unseres gesamten Kohlenstoffbudgets beanspruchen. Die Verarbeitung, Nutzung und Entsorgung von Kunststoffen ist auch mit dem Einsatz bzw. der Freisetzung von Umweltgiften verbunden, die sich negativ auf Ökosysteme und die menschliche Gesundheit auswirken. Diese ergeben sich beispielsweise aus der Verwendung chemischer Zusatzstoffe bei der Kunststoffproduktion oder der Anreicherung (schadstoffbelasteter) Mikroplastikpartikel entlang der Nahrungskette.

Die Plastikkrise ist somit eine Krise an der Schnittstelle zwischen Klimakrise, Biodiversitätskrise, öffentlicher Gesundheit und Herstellerverantwortung. Trotz der zunehmenden Sensibilisierung für das Thema steigt die Kunststoffproduktion allerdings nach wie vor rasant an und soll sich bis 2030 sogar erneut verdoppeln. Und während viel über Reinigungs- bzw. Abfischaktionen und Recycling gesprochen wird, landet tagtäglich weiterhin Plastik in unseren Flüssen und Ozeanen. Weil Verbraucher*innen verstärkt Lösungen einfordern, haben sich die für die globale Plastikflut verantwortlichen Unternehmen, darunter Öl-, Gas, und Konsumgüterkonzerne, Verpackungshersteller und Handelsketten, rasch zusammengetan und eine Vielzahl an Einzel- und gemeinsamen Initiativen ins Leben gerufen. Die Unternehmen erwecken so zwar oft den Schein, zur Lösung des Problems beitragen zu wollen. Dieser Bericht zeigt jedoch auf, dass sie hinter den Kulissen alles in ihrer Macht stehende tun, um ihre Profite zu schützen und die Märkte weiterhin mit billigen Wegwerfprodukten und -verpackungen zu überschwemmen.

Industrie nutzt COVID-19-Pandemie, um Gesetzgebung zu bekämpfen

Jahrzehntlang hat die Industrie versucht, von legislativen Prozessen abzulenken, sie zu verzögern oder zum Scheitern zu bringen. Anfang 2020 schien es, als hätte sich das Blatt zugunsten der Anti-Plastik-Bewegung gewendet. Von Europa bis Afrika erließen Regierungen Gesetze und Verordnungen, um bestimmte problematische Einwegplastikprodukte zu verbieten, Pfandsysteme einzuführen und Hersteller dazu zu verpflichten, die Verantwortung für die von ihnen verursachten Abfälle zu übernehmen. Diese Maßnahmen folgten auf das von China 2018 erlassene Importverbot für Kunststoffabfälle, das die Abfallbranche weltweit in einen Schockzustand versetzt hatte. Mit zunehmendem Bewusstsein dafür, dass die globale Plastikmüllkrise auch globaler Lösungen bedarf, begannen Regierungen auf der ganzen Welt, sich für ein internationales Plastikabkommen auszusprechen. Weltweit steigt die Anzahl von Städten, die sich dem Zero-Waste-Prinzip verschreiben. Auch immer mehr Verbraucher*innen achten darauf, ihren Kunststoffverbrauch zu reduzieren.



Ungeachtet dessen missbrauchen Kunststoffhersteller seit Beginn der COVID-19-Pandemie die angespannte Situation und die Ängste der Bevölkerung (z.B. Hygienebedenken), um den Abbau bestehender Umweltgesetze zu fordern. Obwohl persönliche Schutzausrüstung (PSA) wie Einwegmasken und -handschuhe nur einen Bruchteil des Kunststoffverbrauchs ausmacht, nutzen die großen Plastikkonzerne („Big Plastic“) die Krise, um sich vehement auch für die Nutzung von Einwegplastik in anderen Anwendungsfeldern stark zu machen und sich gegen alles zu wehren, was ihr aktuelles Geschäftsmodell gefährden könnte. So wurden wissenschaftlich zweifelhafte Studien veröffentlicht, die die ökologische Vorteilhaftigkeit von Mehrweg in Frage stellen, und auf die Abschaffung von Pfandsystemen und die Aufhebung von Einwegplastik-Verboten gedrängt.

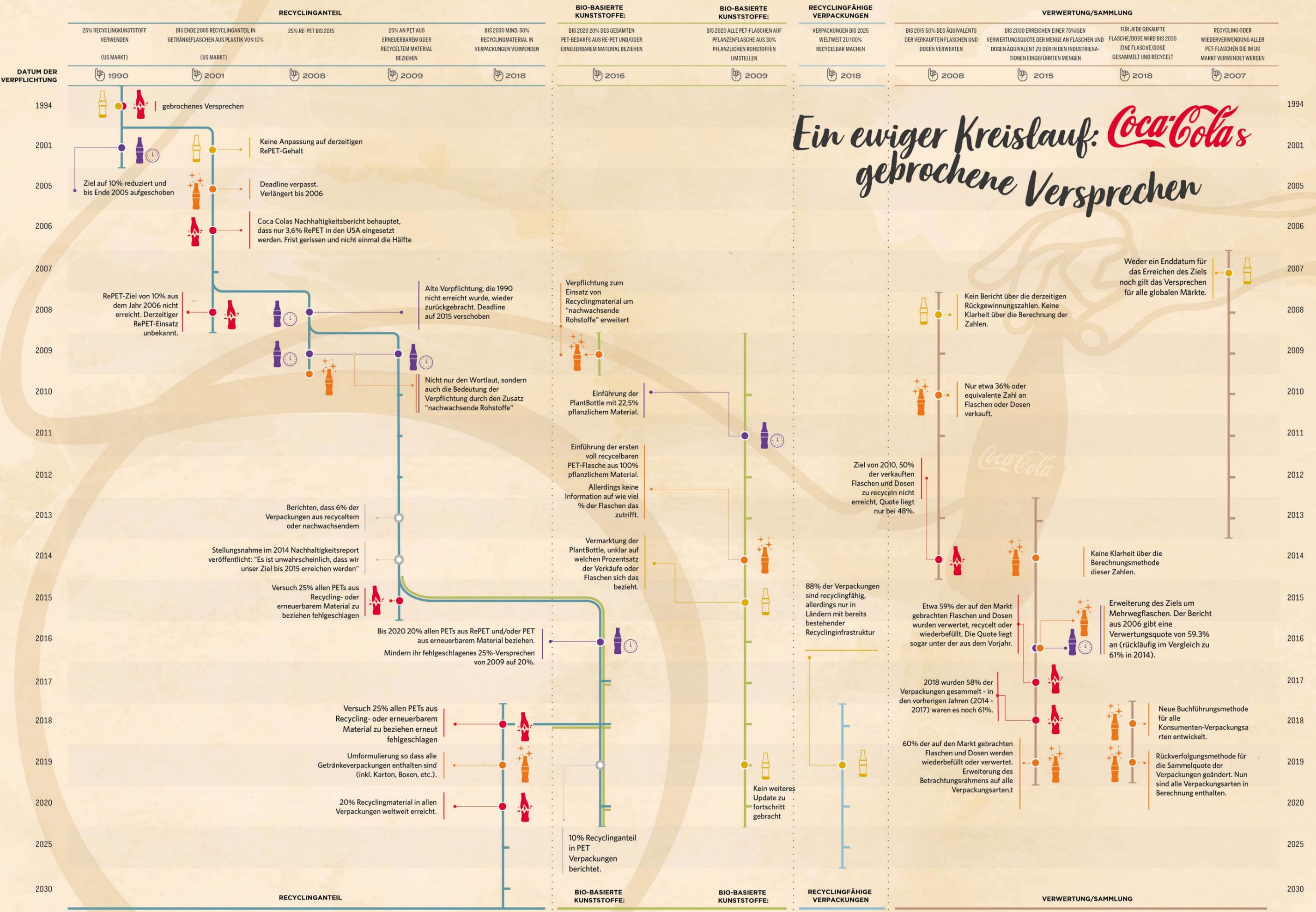
Wir zeigen in diesem Bericht auf, dass es sich hierbei nicht um einzelne opportunistische Ausrutscher handelt. Vielmehr behindern und untergraben die Plastikkonzerne seit Jahrzehnten systematisch sinnvolle Maßnahmen gegen die durch Plastik verursachten Umweltprobleme. Die zahlreichen im Rahmen unserer Untersuchungen gesammelten Beispiele belegen, dass wir uns als Gesellschaft nicht darauf verlassen können, dass große Konzerne ökologisch „richtig“ handeln. Bei ihrem vermeintlichen Umweltengagement handelt es sich oft um bloße Lippenbekenntnisse.

Ein Wirrwarr an freiwilligen Initiativen

Für diesen Bericht haben wir die freiwilligen Selbstverpflichtungen der zehn größten Plastikverschmutzer - Coca-Cola, Colgate-Palmolive, Danone, Mars Incorporated, Mondelez International, Nestlé, PepsiCo, Perfetti Van Melle, Procter & Gamble und Unilever unter die Lupe genommen - basierend auf den zwei jüngsten Marken-Audits^a des Netzwerks Break Free From Plastic. Wir beurteilten ihr Engagement anhand einer Reihe von Kriterien: von ihrer Unterstützung progressiver Gesetzesvorschriften (beispielsweise der Forderung nach einer verbindlichen Getrenntsammlungsquote von 90 % für Plastikflaschen), über die Ambitionslevel der selbstgesetzten Reduktionsziele, ihre Versprechen zum Aufbau von Mehrwegsystemen und zum Einsatz von Rezyklaten bis hin zu ihrer Transparenz und der tatsächlichen Umsetzung der gemachten Versprechen. Dabei ging es insbesondere auch darum, ob Unternehmen ihr angekündigtes Engagement auch auf allen Märkten in die Tat umsetzen, in denen sie tätig sind. Außerdem haben wir untersucht, ob die Unternehmen sicherstellen, dass sie den ggf. vermiedenen Einwegkunststoff nicht durch andere Einwegmaterialien ersetzen, und ob sich ihre Versprechen zum Recycling bzw. Rezyklateinsatz auf Scheinlösungen wie das chemische Recycling stützen.

Unsere Analyse zeigt, dass die von großen Unternehmen gemachten Versprechen in ihrem Ehrgeiz stark variieren, von quasi gar keinem (Perfetti Van Melle und Mondelez International) bis hin zu sehr eindrucksvoll klingenden Ankündigungen (Unilever, Danone und Coca-Cola). Allerdings stehen selbst die ambitionierteren Vorhaben in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ausmaß der Plastikkrise. Zudem problematisch ist in den meisten Fällen die fehlende Transparenz sowie die tatsächliche Umsetzung der Vorhaben. So melden die Unternehmen keine unabhängig verifizierten Daten und bleiben durchgängig hinter ihren eigenen Zielsetzungen zurück. Coca-Cola setzte sich beispielsweise bereits 1990 das Ziel, seine Limonaden in Flaschen abzufüllen, die zu 25 % aus recyceltem Polyethylenterephthalat (rPET) hergestellt sind. Drei Jahrzehnte später bestehen die Flaschen weiterhin nur zu 10 % aus rPET. Anstatt Wort zu halten, hat Coca-Cola, einer der größten Plastikverschmutzer überhaupt, in den letzten 30 Jahren eine Spur an gebrochenen Versprechen hinterlassen, von verfehlten Rezyklateinsatz-Zielen bis hin zu gescheiterten Vorhaben zum Recycling und zur Einführung alternativer Materialien. Dieses Beispiel veranschaulicht sehr deutlich, dass solche freiwilligen Verpflichtungen für die

^a Marken-Audits sind Aufräumaktionen mit nachgeschalteten Müllanalysen, um herauszufinden, von welchen Unternehmen die meisten Plastikprodukte in der Umwelt landen.



Ein ewiger Kreislauf: Coca-Cola's gebrochene Versprechen





gliedern mit 1,5 Milliarden Dollar finanziert wird. Das klingt nach einer beachtlichen Summe, gleichzeitig haben Mitglieder der Allianz jedoch zwischen 2010 und 2017 ganze 186 Milliarden Dollar in neue petrochemische Anlagen investiert und pumpen bis heute erhebliche Geldbeträge in den Ausbau ihrer Kunststoff-Produktion. Andere Initiativen werden von Regierungen (wie beim European Plastic Pact) oder Nichtregierungsorganisationen (wie beim *New Plastics Economy Global Commitment* der Ellen MacArthur Foundation (EMF)) angeführt. Die Hürden für einen Beitritt zu diesen Initiativen sind erschreckend niedrig. In einigen Fällen wird von den künftigen Mitgliedern nicht einmal die Erfüllung der grundlegendsten Anforderungen, wie etwa die Offenlegung ihres Kunststoff-Fußabdrucks oder die Festlegung sinnvoller Ziele, verlangt. Die *New Plastics Economy* ist zwar aktuell mit über 450 Mitgliedern eine der bedeutendsten und bekanntesten Initiativen, die Ziele für das Jahr 2025 festgelegt haben. Die gemachten Versprechen gehen allerdings nicht nur nicht weit genug - es mangelt auch ganz grundsätzlich an Mechanismen zur Sicherstellung ihrer tatsächlichen Umsetzung. Wenngleich die EMF jährlich Fortschrittsberichte veröffentlicht, ist nicht ersichtlich, wie mit einer Nichterreichung der gesetzten Ziele umgegangen wird. Auch werden die Mitglieder weder entsprechend ihrer Performance gelistet, noch wird ihnen ihr mangelhaftes Engagement angekreidet, wodurch keinerlei Impulse zur Einhaltung der Versprechen und Ziele gesetzt werden.

Dieser Wildwuchs an freiwilligen Initiativen hat die Welt keinen Schritt näher zu einer Reduktion der Plastikmengen in den Ozeanen gebracht. Bestenfalls verleihen solche Allianzen den weltgrößten Plastikverschmutzern mehr Glaubwürdigkeit, ohne sie zur Einhaltung ihrer Versprechen zu verpflichten oder auf irgendeine Weise zur Rechenschaft zu ziehen. Sie ermöglichen es Kunststoff- und Markenherstellern unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit die Welt weiterhin ungehindert mit Plastik zu vermüllen. Schlimmstenfalls machen sich diese Allianzen mitschuldig an der aktiven Verzögerung und Untergrabung wirklich wirksamer rechtlicher Maßnahmen. Tatsächlich offenbarte sich uns im Zuge unserer Analyse eine erschreckend große Schnittmenge zwischen Unternehmensmitgliedschaften in Initiativen, die behaupten, die durch Plastik verursachten Umweltprobleme zu bekämpfen, und Wirtschaftsverbänden und Lobbygruppen, die aktiv daran arbeiten, ehrgeizige Gesetzesvorschriften zu verhindern. Angesichts der Existenz dieser gut vernetzten und geschlossenen Front überrascht es nicht, dass keine(s) der analysierten Unternehmen oder gemeinsamen Initiativen proaktiv eine ambitionierte Gesetzgebung zur verpflichtenden Sammlung, Wiederverwendung oder dem effektiven Recycling fordert, obwohl diese Maßnahmen allesamt bewährte Lösungen für die Plastikkrise sind. Während die in der Europäischen Union (EU) tätigen Unternehmen gezwungen sind, die Einwegkunststoff-Richtlinie (SUP-Richtlinie) der EU zu befolgen, ergaben unsere Fallstudien, dass sie dennoch über ein Netzwerk von Organisationen und Branchenverbänden daran arbeiten, die Implementierung der Richtlinie abzuschwächen und hinauszuzögern.

Taktisches Verwirren, Verzögern und Verhindern

Die Plastiklobby verfügt über ein ganzes „Handbuch“ gefüllt mit Scheinlösungen und taktischen Manövern, die sie im Umgang mit der Plastikkrise systematisch anwendet. Die Ablenkung von verbindlichen Maßnahmen durch öffentlich zur Schau gestellte aber wirkungslose Freiwilligkeit ist nur eines davon. Wir unterteilen diese Taktiken in drei Hauptkategorien: Verwirren, verzögern und verhindern.

Zur Verzögerung politischer Prozesse betreibt die Branche zum einen taktische Lobbyarbeit. Ziel ist es beispielsweise, ungünstige Gesetzesvorschriften zu verzögern, den Status quo länger beizubehalten und für künftige Gelegenheiten zur Beeinflussung oder Schwächung der Gesetzgebung gewappnet zu bleiben. Verzögerungstaktiken können auch darin bestehen, Gesetzgeber davon zu überzeugen, dass keine verbindlichen Maßnah-

meisten Unternehmen ausschließlich Lippenbekenntnisse sind, unabhängig davon, wie ehrgeizig sie klingen. Sie können wahlweise leicht verzerrt, abgeändert oder ignoriert werden und sorgen gleichzeitig auf bequeme Weise für positive Schlagzeilen. Zahlreiche Unternehmen, wie Mars und Mondelēz International, scheinen ihre Hoffnung außerdem auf das chemische Recycling zu setzen - eine Scheinlösung, die in der Vergangenheit nicht nur hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurückgeblieben ist, sondern auch mit erheblichen toxischen und Klimaauswirkungen verbunden ist. Die Unternehmen setzen zudem ihre Versprechen und Richtlinien selten auf allen Märkten um, in denen sie tätig sind. Viele scheinen immer noch einige kleine (aber stark beworbene) Vorzeigeprojekte in bestimmten Regionen zu haben, unternehmen jedoch keine konzentrierten Anstrengungen, ihren Kunststoff-Fußabdruck insgesamt und länder- bzw. regionenübergreifend zu verringern.

| Quelle: Les Stone

Gemeinsame Initiativen mehrerer Akteure schneiden nicht viel besser ab. Wir haben uns über 50 bekannte nationale und internationale Initiativen angesehen und festgestellt, dass sie sich vorrangig auf die Recyclingfähigkeit von Produkten sowie End-of-Pipe-Ansätze konzentrieren, wie beispielsweise Abfisch- bzw. Reinigungsiniciativen und Verbraucheraufklärung zum Thema Mülltrennung. Solche Initiativen wurden zum Teil durch die Unternehmen selbst ins Leben gerufen, wie zum Beispiel die Alliance to End Plastic Waste, die von ihren Mit-

men erforderlich sind. Dies geschieht im Konkreten durch eindrucksvoll klingende freiwillige Zusagen. Auch werden Daten zurückgehalten oder falsch dargestellt, um das Ausmaß des Problems zu verschleiern, oder es wird gefordert, die Implementierung von Vorschriften zu verschieben oder sie an zusätzliche Bedingungen zu knüpfen. Dadurch gewinnen die Unternehmen Zeit, in der sie den Status quo beibehalten oder weitere Schlupflöcher ausfindig machen können.

Verzögerungstaktiken gehen Hand in Hand mit Ablenkungskampagnen. Seit Jahren drehen sich diese Kampagnen im Wesentlichen darum, das breitere Verständnis davon zu verzerren, wer tatsächlich die Schuld für die Plastikkrise trägt. Ausgedehnte Kampagnen von Pseudo-Umweltorganisationen (wie Keep America Beautiful) und Markenherstellern (wie Coca Cola) zeigen mit dem Finger auf Verbraucher*innen und erklären sie zu „Schmutzfinken“, um von der wahren Verantwortung der Kunststoffhersteller für die Plastikkrise abzulenken. Ein weiteres Ablenkungsmanöver ist die Fokussierung auf Scheinlösungen, die lediglich als Feigenblatt dienen: wie Strandsäuberungen, Produkte aus Meeresplastik, die Förderung des Recyclings ohne verpflichtende Pfand- oder Rücknahmesysteme, die Behauptung, Kunststoffprodukte seien besser recycelbar als es tatsächlich der Fall ist, die Bewerbung alternativer Einwegmaterialien wie biobasierter, biologisch abbaubarer oder kompostierbarer Kunststoffe, die Forcierung „magischer“ technologischer Lösungen, wie das chemische Recycling, die Finanzierung von Studien, die darauf ausgelegt sind, den Standpunkt der Industrie zu untermauern und breit angelegte gut budgetierte Medien- und Anzeigenkampagnen, um sich bei Verbraucher*innen ein grünes Image zu verschaffen.

Zu guter Letzt liegt die Plastiklobby ständig auf der Lauer, um Gesetzgebung bereits im Keim zu ersticken. Viele Markenhersteller und andere Unternehmen entlang der Plastik-Wertschöpfungskette beschäftigen eigene Lobbyisten, welche Regierungen auf der ganzen Welt direkt beeinflussen. Ihre Interessen werden indirekt auch durch unzählige Branchenverbände und andere Organisationen vertreten, welche gegründet bzw. finanziert werden, um Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. In einigen Fällen gründen Unternehmen sogar selbst Pseudo-Umweltorganisationen oder finanzieren bestehende Organisationen, um sie als Sprachrohr zu nutzen. Taktiken, die wir in diesem Zusammenhang feststellen konnten, sind das Vorantreiben von Gesetzgebung, die ein mögliches zukünftiges Verbot von Kunststoffprodukten verhindern soll, der Versuch, Ausnahmen für angeblich „nachhaltigere“ Produkte zu erwirken, die Anfechtung der Rechtmäßigkeit sowie die Schwächung der Implementierung beschlossener Gesetzgebung, sowie die zynische und irreführende Unterstützung legislativer Maßnahmen, die nicht an der Quelle des Problems ansetzen.

Die Taktiken ins Spiel bringen

Wir haben gemeinsam mit investigativen Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Expert*innen aus aller Welt über 15 Länder und Regionen auf fünf Kontinenten untersucht. Wir konnten offenlegen, wie die beschriebenen Tricks und Taktiken in der Praxis angewandt werden, um progressive Gesetzesvorschriften zu verhindern. Diesem Bericht liegen Literaturrecherchen, Interviews, Anträge gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz (FOI) und Recherchen vor Ort zugrunde. Das Bild, das sich herauskristallisiert hat, zeigt ein gut organisiertes Netzwerk an Organisationen, die auf allen Ebenen Lobbyarbeit betreiben und selbst gegen die kleinsten Versuche mobilisieren, die Plastikproduktion einzuschränken oder auf andere Weise zu regulieren. Unser Bericht bringt auch die Scheinheiligkeit großer multinationaler Konzerne wie Coca-Cola ans Licht: Das Unternehmen verkündete vor kurzem seine Befürwortung gewisser Vorschriften in der EU, lobbyiert in Afrika, China und den USA aber gegen eine derartige Regulierung.

Schlüsselerkenntnisse aus den Fallstudien

- In den **USA** konnten wir offenlegen, wie die Industrie erfolgreich Schuld und Verantwortung für die durch Plastik verursachte Umweltverschmutzung auf die Verbraucher*innen und Behörden abwälzt, während das Recycling als bequemer Vorwand genutzt wird, um noch mehr Kunststoff zu produzieren. Wir konnten beobachten, wie mit Pseudo-Umweltorganisationen und einer steigenden Anzahl immer neuer freiwilliger Initiativen von der eigenen Untätigkeit abgelenkt wird, während neue Gesetzesvorschriften, wie ein Verbot von Plastiktüten oder ein Pflichtpfand auf Plastikflaschen, seit Jahren heftig bekämpft werden.
- In **Europa** haben wir die Bemühungen der Industrie analysiert, auf EU-Ebene eine Schwächung und Verzögerung der Plastikstrategie und der Einwegplastikrichtlinie zu erwirken. Darüber hinaus haben wir in Europa verschiedene konkrete Fallstudien näher betrachtet: Vom taktischen Vorgehen Coca-Colas bei dem Versuch, ein Einwegpfandsystem in **Schottland** zu verhindern, über die Anstrengungen von Einzelhandelsunternehmen, Getränkeherstellern und Unternehmen der Entsorgungsbranche, Pfandsysteme in **Österreich, Spanien und Tschechien** zu untergraben, bis hin zu einer verpassten Gelegenheit in **Frankreich**, wo Mehrwegquoten ohne die notwendigen Stellenschrauben eingeführt wurden, um für ihre Umsetzung in der Breite zu sorgen.
- Im **asiatischen** Raum haben wir uns **China und Japan** näher angesehen. China erschütterte die Abfallbranche im Jahr 2018, als es die Einfuhr von Plastikabfällen verbot. Gleichzeitig legt das Land eine hohe Bereitschaft an den Tag, große politische Schritte zu wagen. Dem gegenüber stehen wenig ehrgeizige Maßnahmen der Industrie, mit alleinigem Fokus auf Reinigungs- bzw. Abfisch-Initiativen sowie einer Reihe von Ankündigungen, auf biologisch abbaubare bzw. kompostierbare Alternativen umzusteigen. In Japan ist trotz der großen Mülltrennungsbereitschaft der Bevölkerung das Bewusstsein dafür gering, dass der meiste Abfall tatsächlich verbrannt oder exportiert wird. In der Entwicklungszusammenarbeit versucht die japanische Regierung zudem, über ihre Landesgrenzen hinaus problematische Müllverbrennungstechnologien und biobasierte, biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe als „Teil der Lösung“ zu fördern.
- Daneben haben wir Nachforschungen in **Uruguay** angestellt, wo die Industrie noch dreistere Lobbyarbeit betreibt. Wir haben uns auch das Beispiel **Bolivien** näher angesehen, wo wir Zeug*innen einer Kurzschlussreaktion der Industrie auf ein ehrgeiziges Plastikverbot wurden. Abschließend stießen wir mit **Kenia** auf ein Land, das langsam an Plastikabfällen erstickt. Die Verursacher sind Unternehmen, die auf wachsende afrikanische Märkte hoffen. So nutzt Coca-Cola trotz seiner vor kurzem erfolgten Kehrtwende bzgl. der Unterstützung von Pfandsystemen in Europa weiterhin seine alten Tricks, um die Einführung eines solchen Systems in Kenia zu verhindern.



Zeit zu handeln

Während NGOs und investigative Journalist*innen immer tiefer gegraben und die Tricks großer Plastikkonzerne aufgedeckt haben, ist das Vorgehen der Unternehmen und des sie umgebenden Netzwerks an Organisationen immer raffinierter geworden. Man versteckt sich hinter wohlklingenden Versprechen und gibt vor, beträchtliche Ressourcen in vermeintliche „Lösungen“ zu investieren, wovon die meisten, wie dieser Bericht aufzeigt, nur Schall und Rauch sind. Die Ankündigungen der Unternehmen beziehen sich größtenteils auf Recycling und Recyclingfähigkeit. Trotzdem werden erprobte Lösungen, die beides tatsächlich in großem Maßstab voranbringen würden, blockiert. Viele Materialien - nicht nur Kunststoff - können recycelt (und wiederverwendet) werden. Die Industrie könnte auf diese Verpackungsarten umsteigen und mithilfe von Pfandsystemen ihre Rückgabe durch die Verbraucher*innen ermöglichen. Anstatt dessen werden immer größere Mengen billiger, dünnwandiger bzw. mehrschichtiger und somit nicht recycelbarer Kunststoff-Verpackungen (wie Folien und Standbodenbeutel) hergestellt. Gleichzeitig versucht die Industrie nun, das nicht bewährte und schädliche Verfahren des chemischen Recyclings als Lösung zu verkaufen. Bis zum Zeitpunkt, an dem das chemische Recycling unweigerlich scheitern wird, wird die Welt also weitere Jahrzehnte verlieren, in denen die Plastikkrise mit sinnvollen Maßnahmen angegangen werden könnte.

Die Erkenntnisse dieses Berichts sind zweifellos nur die Spitze des Eisbergs. Sie bieten jedoch einen Einblick in die Art und Weise, auf welche die Industrie agiert: Sie wird schnell mobil, um jedweden Versuch, den Einsatz von Kunststoffen zu regulieren oder einzuschränken, noch im Keim zu ersticken. Sie betreibt vehement Lobbyarbeit gegen einschlägige Gesetzesvorschriften, setzt in ihren Versprechen auf Greenwashing-Lösungen, die sich auf End-of-Pipe-Ansätze konzentrieren, und wälzt noch dazu die Verantwortung für das Problem auf die Verbraucher*innen ab.

Allein unsere mit Plastik überschwemmten Flüsse und Ozeane zeugen vom kategorischen Scheitern der jahrzehntealten Strategie der Freiwilligkeit. Die omnipräsente Plastikflut macht uns die Dringlichkeit bewusst, mit der wirksame Gesetze und verbindliche Regulationsmechanismen eingeführt werden müssen, um ihr Einhalt zu gebieten. Eine Kombination aus einer Getrennsammlungspflicht für Kunststoffabfälle und verbindlichen Rezyklateinsatz-Quoten hat sich bewährt, um die Kunststoffverschmutzung zu reduzieren, die Produktion von Kunststoffen aus Neumaterial zu senken und Anreize für ein ökologischeres Produktdesign zu schaffen. Insbesondere Pfandsysteme konnten dahingehend große Erfolge erzielen - und bieten Ländern als besonders „niedrig hängenden Früchte“ ein enormes Potential auf dem Weg zu mehr Wiederverwendung und einer echten Kreislaufwirtschaft. Solange die großen Unternehmen aber nicht auf den Plan treten, um eine Getrennsammlungspflicht und mehr Herstellerverantwortung zu fordern und solange sie nicht aufhören, politische Prozesse zu verzögern, wirksame Gesetze zu untergraben und von ihrer wahren Verantwortung für die Kunststoffkrise abzulenken, müssen wir leider feststellen, dass sie nichts als „Müll von sich geben“.

Empfehlungen

Für politische Entscheidungsträger*innen

Dieser Bericht zeigt auf, dass freiwillige Initiativen und Versprechen durch die Industrie nicht zu den gewünschten und erforderlichen Ergebnissen führen. Aus diesem Grund sollten politische Entscheidungsträger*innen progressive Gesetzesvorschriften erlassen, die sich auf die folgenden Schlüsselemente stützen:

Getrenntsammlung

- Einführung von Gesetzesbestimmungen, welche eine Getrenntsammlung von mindestens 90 Prozent der Kunststoffabfälle vorschreiben (während solche Systeme für Plastikflaschen und andere Getränkeverpackungen bereits etabliert sind, sollte diese Maßnahme über die Getränkeverpackungen hinaus auch auf andere Verpackungsarten angewendet werden) und Anerkennung der Tatsache, dass verbindliche Pfandsysteme der einzige bewährte, effektive Weg sind, um hohe Sammelquoten und eine Reduktion der Abfallmengen zu erreichen.

Förderung der Wiederverwendung

- Einführung von Mehrwegquoten und weitergehende unterstützende Maßnahmen (z.B. unterschiedliche Pfandsätze für Mehrwegverpackungen), welche von Anfang an Bestandteil von Regularien sind, und somit Anerkennung der Tatsache, dass Kunststoffe und andere Materialien ohne die verbindliche Festlegung von mindestens 90-prozentigen Sammelquoten und Pfandsystemen nicht in einem erheblichen Umfang wiederverwendet werden können.

Einsatz von Rezyklaten

- Einführung von Rezyklateinsatzquoten (Minimal-Content-Regelung) für Verpackungen - ausgehend von mindestens 50 Prozent für Getränkeverpackungen und mindestens 30 Prozent anderer Verpackungen. Dies schafft einen Markt für ein effektives Closed-Loop-Recycling von Kunststoffen und vermeidet ein Downcycling des Materials.
- Inangriffnahme der Problematik gefährlicher Chemikalien. Dabei muss sichergestellt werden, dass Unternehmen die Produkte von Anfang an so konzipieren („Ökodesign“), das sie schadstoffarm recycelt werden können. Auf EU-Ebene sollten die gleichen Anforderungen für Chemikalien in Rezyklaten gelten und Chemikaliengruppen (und nicht nur einzelne Chemikalien) gemeinsam reguliert werden, um ein Ausweichen auf ungünstige Ersatzmaterialien zu verhindern.



Die immensen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und der Umwelt durch offene Abfallverbrennung und aus den Nähten platzenden Deponien in Kenia.

Quelle: Clean-Up Kenya

Steuer auf Kunststoff aus Neumaterial

- Einführung einer Steuer auf Kunststoffe aus Neumaterial, wodurch ein ausreichender Anreiz für die Verwendung von Rezyklat gegenüber Neumaterial geschaffen werden muss. Eine solche Steuer sollte mit einer klaren Positionierung bezüglich alternativer Materialien wie biobasierten, biologisch abbaubaren und kompostierbaren Kunststoffen einhergehen, in der auch begründet wird, für welche Anwendungen diese sich eignen und für welche nicht.

Verbot schädlicher Materialien und Chemikalien

- Einführung von Verboten für nicht erforderliche oder schädliche Kunststoffe, wie PVC und Polystyrol, sowie für Einwegprodukte, die häufig als Abfall in der Umwelt und im Meer landen.
- Verbot von gesundheitsgefährdenden Chemikalien über alle Produktgruppen hinweg, gleichermaßen in Neumaterial wie in Rezyklaten.
- Priorisierung von Mehrweg-Alternativen und Festlegung von Maßnahmen, um nachteilige Substitutionseffekte zu vermeiden, wie beispielsweise den Ersatz von Einwegkunststoff durch andere Einwegmaterialien wie biobasierte, biologisch abbaubare oder kompostierbare Kunststoffe. Dadurch werden Umweltprobleme nicht gelöst bzw. könnten sogar neue Umweltprobleme entstehen.

Erweiterte Herstellerverantwortung

- Einführung von gut ausgestalteten Systemen der erweiterten Herstellerverantwortung unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips, mit intelligenter Gebührenstaffelung, Reduktionszielen und Maßnahmen zur finanziellen Förderung von Mehrweg.

- Dieser Bericht zeigt allerdings auch, dass viele Systembetreiber in der EU (ARA in Österreich, Ecoembes in Spanien etc.) instrumentalisiert werden, um Lobbyarbeit gegen progressive Gesetzgebung zu betreiben und die Interessen der Kunststoffhersteller und der großen Einzelhandelsunternehmen zu verteidigen. In solchen Fällen sollten Regierungen die notwendigen Reformen veranlassen, um dies zu unterbinden.

Zero Waste Cities

- Unterstützung des Prinzips der Zero Waste Cities, indem Strukturen für eine kontinuierliche Reduktion von Abfällen geschaffen und umgesetzt werden (nicht mithilfe von Verbrennung, Deponierung oder Exporte, sondern durch Abfallvermeidung).

Globales Handeln

- Einrichtung eines zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses auf Ebene der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA), um eine internationale Plastik-Konvention auszuhandeln. Ziel der Konvention sollte sein, die Verschmutzung der Umwelt mit Plastik zu beenden, während sie gleichzeitig eine Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe über den gesamten Lebenszyklus hinweg fördert: vom Ökodesign und der Herstellung bis hin zur Vermeidung und Entsorgung.

Einbeziehung betroffener Gruppen

- Bei der Erarbeitung von Gesetzesvorschriften in Ländern, in denen die Sammlung von Abfällen über einen „informellen Sektor“ abläuft, sollten diese Vorschriften kontextspezifisch sein und die betroffenen Gruppen der Abfall-Sammler*innen aktiv in die Erarbeitung einbezogen werden.

Für Unternehmen

Unterstützung der Gesetzgebung

- Sicherstellung, dass die Versprechen ehrgeiziger als bestehende oder geplante Gesetze und Vorschriften zur Lösung der durch Kunststoffe verursachten Umweltprobleme sind.
- Offene, ausdrückliche Unterstützung und Forderung progressiver Gesetzgebung, um die Plastikkrise anzugehen, Ermutigung anderer zu den gleichen Maßnahmen und Ausstieg aus Industriemassnahmen, welche sich progressiven Gesetzen entgegenstellen, diese verzögern oder (auch in ihrer Umsetzung) unterminieren.

Transparenz

- Offenlegung des gesamten Kunststoff-Fußabdrucks des Unternehmens (einschließlich der Produkte und Verpackungen) und der Fortschritte bzgl. gesetzter Ziele. Hierbei sollte ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, um eine Beschränkung der Anstrengungen auf symbolische Gesten und Show-Produkte (z. B. Produkte aus Meeresplastik) zu vermeiden.

| **Wiederbefüllung im "Harm Less Store" in Hornsey, Großbritannien**

| *Quelle: David Mirzoeff*



- Sicherstellen, dass Fortschrittsberichte alle Märkte und Marken umfassen und sich ausschließlich auf unabhängig verifizierte Daten stützen.

Maßnahmen zur Reduktion

- Selbstverpflichtung zur Umsetzung sinnvoller Maßnahmen zur signifikanten Reduktion von Einwegkunststoff und anderen Einwegmaterialien. Diese Maßnahmen müssen spezifisch, messbar und an einen klaren Zeithorizont geknüpft sein. Zudem sollten sie von einer unabhängigen Stelle verifiziert werden. Die Maßnahmen sollten Wiederverwendung, ein gutes Ökodesign und ein hochwertiges Recycling fördern.
- Gewährleistung der Offenlegung von Berichten über Fortschritte bzgl. der eingesparten Verpackungen.

Positionierung zu alternativen Materialien

- Deutliche Positionierung zur Verwendung alternativer Materialien, wie biobasierter, biologisch abbaubarer und kompostierbarer Kunststoffe, inklusive einer Begründung, für welche Anwendungen diese sich eignen und für welche nicht, unter Berücksichtigung klarer Nachhaltigkeitskriterien (Verhinderung von Entwaldung und Nahrungsmittelkonkurrenz)
- Sicherstellen, dass diese Produkte nur auf Märkten in Verkehr gebracht werden, die über die dafür notwendige Entsorgungsinfrastruktur verfügen.

Marktübergreifend einheitliches Handeln

- Sicherstellung, dass Versprechen durchgängig in allen Märkten umgesetzt werden, in denen das Unternehmen (und seine Tochtergesellschaften) tätig ist (sind); d. h. es sollte vermieden werden, dass durch Kunststoffe verursachte Umweltprobleme in unterschiedlichen Märkten nicht mit demselben Engagement angegangen werden.

Ambitionierte freiwillige Maßnahmen

- Sicherstellen, dass freiwillige Initiativen, denen das Unternehmen beigetreten ist, sich an die Richtlinien halten, die in Kasten 2.2 (Kapitel 2) aufgeführt sind und darlegen, wie eine gute freiwillige Initiative aussieht.

Für Verbraucher*innen

Das Plastikproblem kann nicht von Verbraucher*innen alleine gelöst werden. Unternehmen entscheiden, welche Verpackungen sie verwenden. Verbraucher*innen wird es somit enorm erschwert, einwegplastikfreie Alternativen und Systeme zu nutzen. Wir können bis zu einem gewissen Grad nur so nachhaltig handeln, wie es uns das System erlaubt. Berücksichtigen wir diesen Fakt, wird klar, bei wem die Hauptverantwortung für die Plastikkrise liegt. Wir sind davon überzeugt, dass die Vermeidung von Einwegplastik nicht allein in der

Verantwortung der Verbraucher*innen liegen kann. Vielmehr muss sie Teil eines Systemwandel sein, der von der Politik vorangetrieben und von der Wirtschaft in die Praxis umgesetzt wird. Aus diesem Grund fordern wir Verbraucher*innen auf, wirksame Gesetze einzufordern, Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen und die Stimmen derjenigen zu verstärken, die sich für Veränderungen stark machen.

Wir hoffen, dass dieser Bericht Einzelpersonen dabei helfen wird, die Scheinheiligkeit großer Konzerne zu erkennen und anzuprangern. Wir hoffen, er erleichtert das Verständnis davon, wann Unternehmen in der Plastikkrise versuchen, die Öffentlichkeit verwirren, politische Prozesse zu verzögern und wirksame Gesetze zu verhindern. Das Verhalten jeder/s Einzelnen hilft dabei, ein wichtiges Signal an Konzerne und Regierungen zu senden: Wir brauchen einen Systemwandel - jetzt! Wenn Sie als Einzelperson einen Beitrag zur Lösung des Plastikproblems leisten möchten, finden Sie hier einige Tipps zur Senkung Ihres Kunststoff-Fußabdrucks: <https://www.duh.de/themen/recycling/abfallvermeidung/>

Diese Kurzversion fasst die wichtigsten Inhalte und Erkenntnisse des Berichts zusammen. Der vollständige Bericht erschien in seiner englischen Originalfassung unter dem Titel "Talking Trash - The corporate playbook of false solutions to the plastic crisis" und ist unter www.talking-trash.com abrufbar. Die englische Fassung enthält eine ausführliche Analyse freiwilliger Initiativen und häufig angewandter Unternehmensstrategien sowie 13 Fallstudien und detaillierte Handlungsempfehlungen. Zu den beiden Fallstudien "Die EU: Endgültige Abkehr vom Einwegplastik" und "Österreich: Wie die Plastikindustrie gegen Pfandsysteme mobilisiert" liegt eine deutsche Fassung vor, die Sie unter www.duh.de/plastik-im-meer abrufen können.

Weltweite Pfandsysteme

IN ÜBER 40 RECHTSRÄUMEN AUF DER GANZEN WELT GELTEN PFANDSYSTEME FÜR GETRÄNKEVERPACKUNGEN. SIE SORGEN FÜR ERHEBLICHE UMWELTVORTEILE SOWIE KOSTENEINSPARUNGEN FÜR STEUERZAHLER*INNEN UND GENIEßEN EINE BREITE ÖFFENTLICHE UNTERSTÜTZUNG.

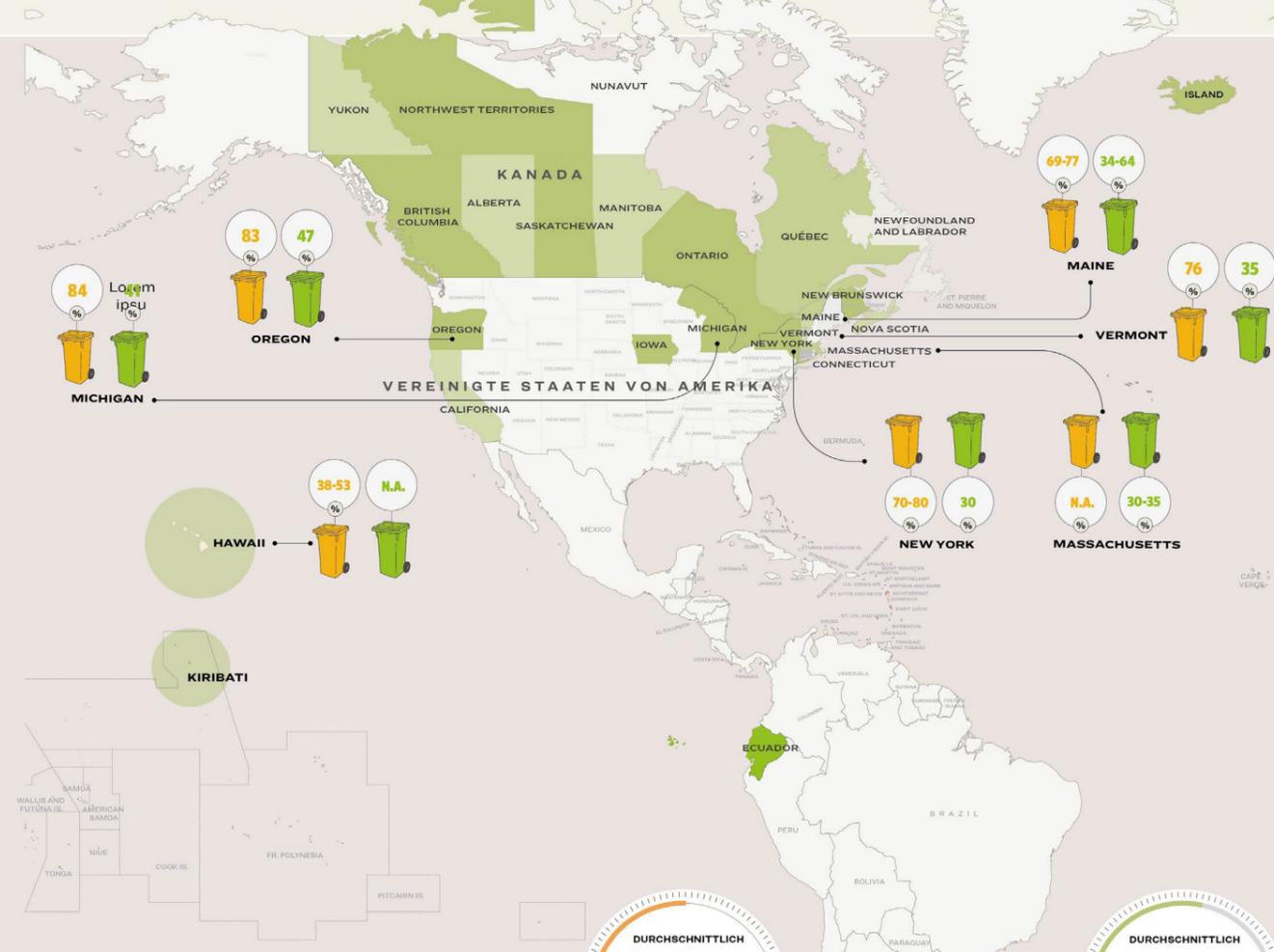
LITTERING-REDUKTION DURCH PFANDSYSTEME



LITTERING-REDUKTION VON GETRÄNKEVERPACKUNGEN



LITTERING-REDUKTION GESAMT



GESETZGEBUNGEN MIT EINGEFÜHRTEN PFANDSYSTEMEN

- SCHWEDEN (1984)
- ISLAND (1989)
- FINNLAND (1996)
- NORWEGEN (1999)
- DÄNEMARK (2002)
- DEUTSCHLAND (2003)
- NIEDERLANDE (2005)
- ESTLAND (2005)
- KROATIEN (2006)
- LITAUEN (2016)
- ISRAEL
- KIRIBATI
- PALAU
- CALIFORNIA
- CONNECTICUT
- HAWAII
- IOWA
- MAINE
- MASSACHUSETTS
- MICHIGAN
- NEW YORK
- OREGON
- VERMONT
- GUAM
- BRITISH COLUMBIA
- ALBERTA
- SASKATCHEWAN
- MANITOBA
- ONTARIO
- QUEBEC
- NEW BRUNSWICK
- NOVA SCOTIA
- PRINCE EDWARD ISLAND
- YUKON
- NORTHWEST TERRITORIES
- NEWFOUNDLAND
- LABRADOR
- QUEENSLAND
- NEW SOUTH WALES
- NORTHERN TERRITORY
- SOUTH AUSTRALIA

GESETZGEBUNG ODER POLITISCHE ENTSCHEIDUNG FÜR EINE PFANDEINFÜHRUNG GETROFFEN

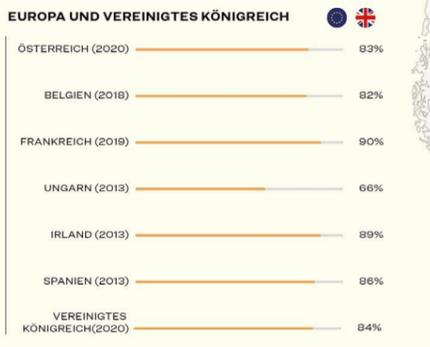
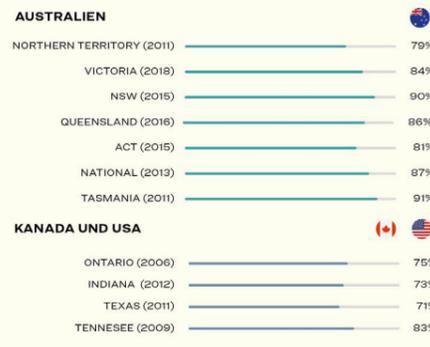
- SCHOTTLAND (2022)
- MALTA (2021)
- PORTUGAL (2022)
- LETTLAND (2022)
- SLOWAKEI (2023)
- BELARUS (2022)
- ROMÄNIEN (2022)
- TÜRKEI (2022)
- RESTLICHES GROSSBRITANNIEN (2023)
- WESTLICHES AUSTRALIEN (2020)
- TASMANIEN (2022)
- VICTORIA (2023)

PFANDSYSTEM WIRD DISKUTIERT

- ÖSTERREICH
- SPANIEN
- IRLAND
- FRANKREICH
- POLEN
- SERBIEN
- TSCHECHIEN
- BELGIEN
- FIDSCHI



ÖFFENTLICHE UMFRAGEN ZEIGEN BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE EINFÜHRUNG VON PFANDSYSTEMEN



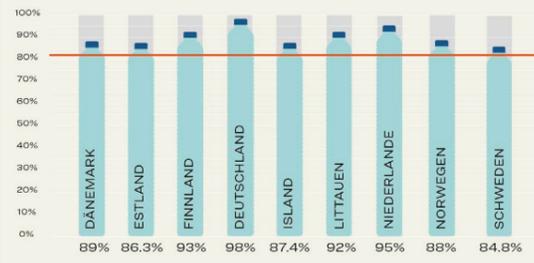
der Menschen in Ländern mit Pfandsystemen unterstützen diese und sprechen sich für eine

AUSWEITUNG AUS



GESCHÄTZTE EINSPARUNGEN FÜR GEMEINDEN PRO JAHR

- SPANIEN \$57-93M
- ÖSTERREICH €120M
- VEREINIGTES KÖNIGREICH £35M
- NEW SOUTH WALES \$23-62M
- NEUSEELAND \$26.7-\$40.1M



SAMMELQUOTE VON PLASTIKFLASCHEN IN 9 EUROPÄISCHEN LÄNDERN MIT PFANDSYSTEMEN IN 2017/2018



75%

DES IN DER UMWELT ENTSORGTEN MÜLLS WAREN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH GETRÄNKEVERPACKUNGEN



Versprechen von Großkonzernen in der Übersicht

FIRMA	HAUPTSITZ	UMSATZ	UNTERSTÜTZUNG VON PROGRESSIVER GESETZGEBUNG	AMBITIONSLEVEL	AMBITIONSLEVEL	TRANSPARENZ UND VERANTWORTUNG				
	LAND	UMSATZ (Milliarde USD)	WOLLEN SIE EIN VERPFLICHTENDES SAMMELZIEL VON ÜBER 90% ALLER KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN WELTWEIT?	HABEN SIE ERHEBLICHE FORTSCHRITTE BEI DER ENTWICKLUNG VON MEHRWEGSYSTEMEN GEMACHT?	HABEN SIE EIN ZIEL FÜR EIN MINDESTGEHALT AN RECYCLINGMATERIAL IN MINDESTENS 50% DER GETRÄNKFLASCHEN UND 30% DER KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2030?	WERDEN EINWEGKUNSTSTOFFPRODUKTE REDUZIERT ODER DRUCH WIEDERVERWENDBARE ALTERNATIVEN ERSETZT (ANSTATT DRUCH EINWEGPRODUKTE AUS ANDEREN MATERIALIEN)?	BERICHTEN SIE ÜBER DIE ABSOLUTE MENGE AN VERBRAUCHTEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN (TONNEN)?	BERICHTEN SIE OFFEN ÜBER EINE REDUKTION IN DER ZAHL AN EINWEGKUNSTSTOFFVERPACKUNGEN?	BERICHTEN SIE ÖFFENTLICH ÜBER DIE ENTWICKLUNG IHRER REZYKLEINSAZQUOTE IN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN? *Hier geht es um Transparenz.	GELTEN VERPFLICHTUNGEN EINHEITLICH IN ALLEN AKTIVEN MÄRKTEN DES UNTERNEHMENS?
		37.27	NUR IN WESTEUROPA (UND QUALIFIZIERTE UNTERSTÜTZUNG IN DEN USA)	WIEDERVERWENDUNGSMODELLE EXISTIEREN BEREITS FÜR EINEN BEACHTLICHEN ANTEIL DER PRODUKTE, ABER DIE FIRMA BAUT SOLICHE SYSTEME WELTWEIT AB	ZIEL VON 50% RECYCLINGMATERIAL IN ALLEN PRIMÄRVERPACKUNGEN BIS 2030.	HAT VOR PLASTIKSTROHHALME BIS 2025 AUSZULISTEN; SOLLEN DURCH PAPIERSTROHHALME VON COCA-COLA AUSTRALIEN ERSETZT WERDEN	2.9 MILLIONEN		DERZEIT 10% RECYCLINGANTEIL IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN. IN DER VERGANGENHEIT WURDEN RECYCLINGZIELE IMMER WIEDER UMFORMULIERT ODER ZEITLICH VERSCHOBEN.	VERPFLICHTET NUR IN WESTEUROPA PFANDSYSTEME ZU UNTERSTÜTZEN. ARBEITET IN ANDEREN GEBIETEN AKTIV DAGEGEN.
		15.5		WIEDERVERWENDUNGSMODELLE EXISTIEREN FÜR EINEN SEHR KLEINEN ANTEIL DER PRODUKTE	ZIEL VON 25% IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2025.	HAT VOR EINWEGKUNSTSTOFFTÜTEN BIS 2025 ABZUSCHAFFEN, KEINE ANGABEN OB DIESE DURCH EIN ANDERES EINWEGMATERIAL ERSETZT WERDEN.	287,008		DERZEIT 7% RECYCLINGANTEIL IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN, BEHAUPTET AUF IHRER WEBSITE ALLERDINGS, DASS ES 45% SIND.	
		29.1	SCHWÖRE VERPFLICHTENDESAMMELZIELE, DIE VON AUFSICHTSBEHÖRDENWELTWEIT GESETZT WERDEN, ZU TREFFEN. (Aber rufen nicht zu weltweiten Regelungen auf.)	BERICHTEN, DASS EIN DRITTEL IHRER GESCHÄFTE IN WIEDERVERWENDBARE VERPACKUNGEN SIND, ABER DAS TATSÄCHLICHE AUSMASS DER WIEDERVERWENDUNG IST NICHT KLAR, 8,3% AN WIEDERVERWENDBAREN VERPACKUNGEN AN EMF BERICHTET.	ZIEL VON 25% IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2025. ZIEL VON 50% IN GETRÄNKFLASCHEN BIS 2025.	PLANT EINWEGSTROHHALME UND -BESTECK BIS 2025 ABZUSCHAFFEN, KEINE DETAILS OB DIESE DURCH EIN ANDERES EINWEGMATERIAL ERSETZT WERDEN.	820,000	VERPFLICHTET DIE MENGE AN NEUKUNSTSTOFFEN IN IHREN WASSERMARKEN ZU HALBIEREN.	DERZEIT 6,4% RECYCLINGANTEIL IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN, 2017 WAREN ES NUR 5,3%. MELDEN KUMMULIERTE DATEN ZU PAPIER, GLAS, METALL UND KUNSTSTOFFEN.	NUR IN EUROPA ZU EINER 90%IGEN SAMMELQUOTE VERPFLICHTET.
		37		WIEDERVERWENDUNGSMODELLE EXISTIEREN FÜR EINEN SEHR KLEINEN ANTEIL DER PRODUKTE	ZIEL VON 30% IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2025	PLANT KUNSTSTOFFSTROHHALME BIS 2020 ABZUSCHAFFEN; DÜRFTEN EINWEGKUNSTSTOFFE DURCH EINWEGPAPIER UND KARTON ERSETZEN.	184,000	VERPFLICHTET DEN ANTEIL AN NEUKUNSTSTOFFEN BIS 2025 UM 25% ZU REDUZIEREN, VERLÄSST SICH ABER STARK AUF CHEMISCHE RECYCLINGVERFAHREN.	DERZEIT 0% RECYCLINGANTEIL IN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN, FORTSCHRITT VERLÄSST SICH STARK AUF CHEMISCHES RECYCLING.	
		25.9		UNKLARE VERPFLICHTUNG "SICH VON EINWEGPRODUKTEN WEG ZU WEIDERVERWENDUNGSMODELLEN ZU BEWEGEN WO NOTWENDIG"	5% NACH GEWICHT (ohne Datum), BEUNRUHIGENDE TRENDS ZUR VERWENDUNG VON CHEMISCH RECYCELTEN ANTEILEN IN VERPACKUNGEN.	UNKLARES VERSPRECHEN "SICH ZU BEMÜHEN PROBLEMATISCHE ODER UNNÖTIGE KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN ABZUSCHAFFEN BIS 2025"	NICHT OFFENGELEGT	HAT VOR 65.000 TONNEN AN VERPACKUNGSMATERIAL EINZUSPAREN, UNKLAR WELCHEN ANTEIL DARAN KUNSTSTOFFE HABEN SOLLEN		
		93.4	UNTERSTÜTZEN VERPFLICHTENDE EPR (?) UND LOKALE PFANDSYSTEME, SAMMLUNG WIRD ABER NUR IN VERBINDUNG MIT EINER MITGLIEDSCHAFT BEIM EUROPÄISCHEN VERBAND VON ABGEFÜLTEM WASSER EXPLIZIT ERWÄHNT.	WIEDERVERWENDUNGSMODELLE EXISTIEREN FÜR 20% DER WASSERPRODUKTE UND EINEM KLEINEN ANTEIL VON ANDEREN PRODUKTEN ODER VERPACKUNGEN (1%); HABEN 8 MILLIONEN CHF IN WIEDERVERWENDUNGSVERSUCHE INVESTIERT UND SICH VERPFLICHTET WIEDERBEFÜLLUNGSSYSTEME WEITER ZU BESCHLEUNIGEN	ZIEL VON 15% BIS 2025 IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN; VERPFLICHTED DEN VERBRAUCH VON NEUKUNSTSTOFFEN UM EIN DRITTEL ZU REDUZIEREN BIS 2025 UND 2 MILLIARDEN CHF AUSZUGEBEN UM LEBENSMITTELZUGELASSENES REPET ZU KAUFEN.	ERSETZEN EINWEGKUNSTSTOFFVERPACKUNGEN HAUPTSÄCHLICH DURCH ANDERE EINWEGALTERNATIVEN, SIND ABER TEIL VON "LOOP" UND HABEN 8 MILLIONEN CHF IN WIEDERVERWENDUNGSVERSUCHE INVESTIERT UND SICH VERPFLICHTED MÖGLICHKEITEN ZUR WIEDERBEFÜLLUNG WEITER ZU BESCHLEUNIGEN	1.7 MILLIONEN	VERPFLICHTET NEUKUNSTSTOFFE BIS 2025 UM EIN DRITTEL ZU REDUZIEREN	DERZEIT 2% RECYCLINGANTEIL IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN UND 5% IN PET-WASSERFLASCHEN, GREENPEACE DECKTE VERÖFFENTLICHUNG UNVOLLSTÄNDIGER DATEN AUF	DISKUSSION ÜBER SAMMELQUOTE VON 90% NUR IM RAHMEN DER "EUROPEAN FEDERATION FOR BOTTLED WATERS". SETZT WEITER AUF NICHT-RECYCLINGFÄHIGE EINWEGBEUTEL IN SCHWELLENLÄNDERN.
		65		WIEDERVERWENDUNGSSYSTEME XISTIEREN FÜR MANCHE PRODUKTLINIEN UND VERPACKUNGEN. ERWERBUNG VON SODASTREAM. BERICHTET 0% WIEDERVERWENDBARE VERPACKUNGEN.	ZIEL VON 25% FÜR ALLE KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2025	PLANEN KUNSTSTOFFSTROHHALME BIS 2025 ABZUSCHAFFEN; KEINE DETAILS OB DIESE DURCH ANDERE EINWEGALTERNATIVEN ERSETZT WERDEN SOLLEN	2.3 MILLIONEN	VERPFLICHTET BIS 2025 PRIMÄRKUNSTSTOFFE IN IHREM GESAMTEN PORTFOLIO UM 35% ZU REDUZIEREN, BIS 2019 NUR 1% REDUZIERT	DERZEIT 4% RECYCLINGANTEIL IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN, HEBT HÖHEREN ANTEIL IN BESTIMMTEN GEBIETEN HERVOR.	100% REPET IN "LIFE" WASSERFLASCHEN IN DEN USA, SONST NIIRGENDWO.
		2.7					NICHT OFFENGELEGT			
		66.9		ERWÄHNE NUR TEILNAHME AN TERRACYCLE'S LOOP PROJEKT IN NEW YORK UND PARIS	ZIEL VON 8% BIS 2025	VAGES VERSPRECHEN, ALTERNATIVE MATERIALIEN NUR DORT EINZUSETZEN "WO ES SINN ERGIBT".	714,000 (OFFENGELEGT GGÜ. "AS YOU SOW", NICHT AUF IHRER WEBSITE)	VERPFLICHTET NEUKUNSTSTOFFE AUS KONVENTIONELLEN QUELLEN BIS 2030 UM 50% ZU REDUZIEREN (METHODE IST UNKLAR, BEHAUPTET, DASS DIES ZU EINER REDUKTION VON 300 000 TONNEN NEUKUNSTSTOFFEN FÜHRT).	KEINE GESAMTZAHLN AUF IHRER WEBSITE, ABER 6,3% IN 2018/19 AN "AS YOU SOW" BERICHTET. BERICHT LÜCKENHAFT ÜBER VERSCHIEDENE MARKEN UND GEBIETE.	VERSCHIEDENE ZIELE UND ZEITRAHMEN ÜBER VERSCHIEDENE MARKEN.
		60.1	VERPFLICHTED "MEHR KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN ZU SAMMELN ALS SIE VERKAUFEN" BIS 2025 UND BIETEN QUALIFIZIERTE UNTERSTÜTZUNG FÜR GUTE PFAND-SYSTEME, RUFEN ABER NICHT ZU VERPFLICHTENDEN REGULIERUNGEN AUF	WIEDERVERWENDUNGSSYSTEME EXISTIEREN FÜR MANCHE PRODUKTLINIEN ODER VERPACKUNGEN.	ZIEL VON 25% IN ALLEN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2025	SCHEINEN NICHT WILLKÜRILICH EINWEGKUNSTSTOFFE MIT ANDEREN EINWEGALTERNATIVEN ZU ERSETZEN.	700,000	NEUE VERPFLICHTUNG VON OKTOBER 2019 NEUKUNSTSTOFFVERPACKUNGEN BIS 2025 UM 50% ZU REDUZIEREN, 100 000 TONNEN SOLLEN AUS ABSOLUTER REDUKTION KOMMEN.	DERZEIT WENIGER ALS 1% RECYCLINGANTEIL IN KUNSTSTOFFVERPACKUNGEN. ABSOLUTER RECYCLINGANTEIL ZWISCHEN 2015 UND 2018 ZURÜCKGEGANGEN.	ZIELE SCHEINEN WELTWEIT ZU GELTEN, SETZT WEITER AUF NICHT-RECYCLINGFÄHIGE EINWEGBEUTEL IN SCHWELLENLÄNDERN.

